

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 10. Dezember 1918

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 142

Die Verhandlungen der Leipziger Gewerkschaften

Der erste Tag wurde mit einem zweieinviertelstündigen Referat des Kollegen Seib über die allgemeine Lage eingeleitet, das alles Bemerkenswerte aus unserer Organisation und der Tarifgemeinschaft seit der Würzburger Generalversammlung umfaßte, die Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung besprach, über die mit dem Kriegsende in Verbindung stehenden Maßnahmen sich verbreitete und von den neuesten umwälzenden Ereignissen interessante Streiflichter brachte. Das alte System sei vollständig zusammengebrochen. Die Soldaten hätten die Revolution herbeigeführt. Die organisierte Arbeiterkraft könne sich mit der großen Veränderung der Dinge wohl abfinden. Die Lage sei aber noch verworren, und es werde zu viel regiert. Es seien schon Sachen geplant gewesen, die eine gewaltige Arbeitslosigkeit zur Folge hätten haben müssen. Vertretungen der Gewerkschaften habe man zunächst nicht haben wollen, dann seien sie jedoch zur Mitwirkung herangezogen. Der Alltagskongress solle erst mit dem neuen Jahre zur Einführung gelangen, der Termin sei dann aber früher gelegt, um möglichst viel Arbeitskräfte unterzubringen. Die bekannte große Vereinbarung zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften, zu der schon in einem früheren Stadium die ersten Schritte unternommen seien, bestehe (wie die Verordnung des Buchdruckererrats) den 13. November als Einführungstag fest. Die Unternehmerverbandsvertreter wollten zunächst nicht die selben ausgeben, hätten sich dann aber dazu bequemen müssen. Das sei ein großer Fortschritt. Die Abmachungen wären, obwohl in den Vorstufenkonferenzen mit der Generalkommission ein paar Vorstöße der politisch schärferen Richtung angeht, einstimmig angenommen worden. Das Stattfinden einer internationalen Gewerkschaftskonferenz gelegentlich der Friedensverhandlungen sei gesichert und er (Referent) dazu für die graphischen Berufe bestimmt. Die sogenannte Regien-Krisis kam auch zur Erwähnung. Sie wäre aber nicht entstanden, weil Bauer, der zweite Vorsitzende der Generalkommission, von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion als gewerkschaftlicher Vertreter in die Regierung gewählt worden sei, sondern weil man Regien, den in jener Sitzung nicht Anwesenden, nicht frug; seinen für sich ablehnenden Standpunkt habe er schon vor dem geäußert. Die von den Gewerkschaften schon vorgeschlagene Vorlage eines Arbeitskammergesetzes sei infolge der staatlichen Umwälzung erledigt; die neue Volksregierung werde einen besseren Entwurf einzubringen haben. Die gesetzliche Anerkennung der Tarifverträge sei auch zu erwarten. Das heutige einheitliche Demobilisationsamt entpfinde einem Verlangen der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände, weil die erste Organisation sich als ein Durcheinander der Behörden erwies habe. Die Notwendigkeit einer Konfingentierung der Rohstoffe sei auch von den Arbeitgebern anerkannt worden.

Su den Buchdruckerangelegenheiten übergehend, leitete Referent mit, der Verbandsvorstand habe logisch nach Zustandekommen der großen Vereinbarung mit den Unternehmerverbänden an den Deutschen Buchdruckerverein telegraphisch zwecks sofortiger Einführung des Alltagskongresses; auch sei von ihm Zusammentritt des Tarifauschusses verlangt worden. Das Tarifamt sei dann mit dem Vorschlag der Einführung eines Buchdruckererrates gekommen, um schneller arbeiten zu können, den Kreis des Tarifamts aber trotzdem zu erweitern wie auch die Verantwortung. Es sei nun aufgefallen und auch von Berliner Gehilfen aus dagegen protestiert worden, daß die beiden größten Druckorte Berlin und Leipzig zum Buchdruckererrate, der dem vom Verbandsvorstand vertretenen Standpunkte gemäß nur aus Mitgliedern des Tarifamts, Tarifkreises- und Organisationsvertretern bestehe, nicht zum Buchdruckererrate herangezogen sind. Berlin entfände indes durch die vier Tarifamtsmitglieder und die beiden

Organisationsvertreter ohne weiteres sechs gebilligte Vertreter (außer vom Sutenbergbund) in den Buchdruckererrate, bei Leipzig liege es mit der dem Deutschen Buchdruckervereine aufstehenden Vertretung prinzipialseitig ähnlich. Von einer Ausschaltung könne also hinsichtlich der beiden Druckzentren nicht gesprochen werden; ihn persönlich habe aber schon früher der Gedanke beschäftigt, wie es möglich gemacht werden könne, daß Leipzig von Gehilfen eine ständige Vertretung in den Tarifamtssitzungen habe. Redner entrollte darauf von der bisherigen Tätigkeit des Buchdruckererrats ein Bild, damit die in den Art. 135 und 141 des „Korr.“ veröffentlichten, bis Ziffer 20 gehenden Beschlüsse erläuternd, Arbeitsgelegenheit zu schaffen durch vermehrte Auftragserteilung und Einstellung der vom Militär Zurückflutenden seien die Hauptaufgaben des Buchdruckererrats, die äußerst ungünstige Gestaltung der Kohlenverhältnisse wäre da freilich ein Hindernis geworden, das im Vereine mit den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Zustände sehr schwer wiege. In betreff der Arbeitszeit hätten die Prinzipalvertreter im Buchdruckererrate eine Verminderung bei durchgehender Arbeit sowie für Maschinenführer abgewiesen, da der effektiv achtstündige Arbeitstag ja Gesetz geworden sei. (Wozu bemerkt werden kann, daß die sonst von Prinzipalseite wohl nicht immer als zwingend angesehenen Anordnungen der neuen Machthaber von einer Maximalarbeitszeit sprechen, also Unterfreitungen zulassen, wie solche tatsächlich schon vereinbart worden und auch in Buchdruckerereien zum Teil bereits eingeführt worden sind.) Daß die Beschlüsse die nämliche Arbeitszeit haben müssen wie die Gehilfen, besonde der Verbandsvorsitzende als Selbstverständlichkeit. Für Berlin müßten auf dem Bohngebiete wohl Ausnahmen zugelassen werden, da hier die Lebensmittelpreise sich nach den höchsten Löhnen richten, die in der letzten Zeit weite große Steigerungen erfahren hätten, so daß die Berliner Buchdrucker tatsächlich stark ins Hintertreffen kämen. Es sei deshalb zu gemeinsamen örtlichen Verhandlungen eine Kommission gebildet worden, die eventuell das Tarifamt als vermittelnde Instanz anrufen könne. (Siehe auch Berliner Generalversammlungsbereich in Nr. 141.) So abnorme Verhältnisse, daß der Preisstand für alle Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nur unter dem Gesichtswinkel der Höchstlöhne einer örtlich weit überwiegenden Arbeitergruppe zu verstehen ist, könnte die Kriegszeit auch in anderen Städten zu besonderer Ausprägung gebracht haben (mehrfache Zustimmung), weshalb der Rahmen der Steuerzulagen nach drei Lokalausschlaggruppen nicht alle Erfordernisse einschleße. Auf die Zulassung des Tarifauschusses zurückgreifend, meinte Redner, daß die auf der Würzburger Generalversammlung als notwendig erkannte Erhöhung der Steuerzulagen zu erreichen gewesen ist, wenn auch zwei Einführungsstermine in Kauf genommen werden mußten. Aber die Eingabe der graphischen Gewerkschaften zur Heranziehung von Vertretern in die Übergangswirtschaftsorganisation konnte Referent Zusage der Regierung mitteln; er habe schon Beratungen erhalten. Deshalb könne er auch anführen, daß für die Papierherstellung die Rohstofffrage nicht so ungünstig liege und auch durch die starke Einschränkung der Spinnstoffanfertigung die Papierproduktion nicht unwesentlich erleichtert werden könne, wenn nicht die ungewöhnliche Kohlennot vorderhand alles umgeworfen haben würde. Die Bucherleger halten mit Aufträgen noch zurück, da sie erst Rückgang der Papierpreise abwarten wollen und auch mit der Aufhebung der Papierkontingentierung rechnen, die jedoch nach der Erklärung eines Regierungsvertreters zur gerechten Verteilung einstweilen aufrechterhalten werden muß. Die Regierungen und die Behörden müßten und könnten auch viele Druckarbeiten jetzt in Auftrag geben, zumal die Wiedereinstellung der Zurückkehrenden vorgeschrieben werde.

Diese bis ins kleinste orientierenden, stets von vollem Eindringen in die Materie zeugenden Ausführungen des Verbandsvorsitzenden wurden von der Konferenz mit gebührender Anerkennung aufgenommen, die von diesem oder jenem Redner noch besondere Unterstreichungen fand.

Die Diskussion brachte außer dem mehrfach aufklärend eingreifenden Vorstehenden 28 Wortmeldungen und nahm noch einen Teil der Vormittagsstunden des zweiten Tages in Anspruch. Daß die revolutionäre Umwälzung oft angezogen und die neue Ordnung der alten mehrfach gegenübergestellt wurde, verweist sich am Rande. Die Art des Kriegsendes in wirtschaftlicher Begleitung wurde beklagt, der Umsturz der Dinge aber begrüßt, der Aberradikalismus mit seinen beabsichtigten weittragenden Umwälzungsabsichten im Stadium völliger Erschöpfung Deutschlands als Erschwerung der Lage bezeichnet und in diesem Zusammenhang auch der heftige, seine Grenzen noch erweiternde Parteilert bedauert, der an dem Durcheinander in den getroffenen Maßnahmen viel Schuld habe, wengleich die Personenauswahl nicht so wenig dazu beitrage. Von den Arbeiter- und Soldatenräten war Schlechtes und Gutes zu berichten; einige Konferenzteilnehmer konnten sich in dieser neuen Würde vorstellen. Es waren aber auch Stimmen über beginnende Klärung selbst in Berlin zu vernehmen. Unbedingtes Vertrauen sei notwendig, die Sinterlassenschaft des alten Systems ein vollständiger Trümmerhaufen. Die Spartakusmache wäre in der Zurückdrängung begriffen, indes die Gewerkschaften wieder mehr hervortreten. Die aufklärenden Broschüren und Artikel von Kaufsky fanden Empfehlung, weil ihr Verfasser nicht den Boden unter den Füßen verliere. Scharf kam besonders in den Ausführungen des zweiten Verbandsvorsitzenden der Sachmann zum Ausdruck, wobei die ganze Anzeigepolitik in der Landwirtschaft, in der Kriegswirtschaft und mit den Munitionsarbeiterlöhnen geführt habe. Es könne jetzt, wengleich nicht im allgemeinen, von unangenehm hohen Löhnen gesprochen werden. Die Produkte würden dadurch, wie durch den Umstand, daß wir mit unserer sehr schlechten Valuta die Rohstoffe viel zu hoch einkaufen müßten, zu verlieren, daß das Ausland billiger liefern könne. Abbau der Preise wäre notwendiger. Zur Senkung der Lebensmittelpreise sollte, wie auch andre Redner forderten, der Staat Milliarden aufwenden, das wäre neben dem Bohnfall in den Industrien und Gewerben, die für den Krieg geliefert haben, notwendig. Mit den fortgesetzten Lohnerhöhungen bewegen wir uns ja nur immer im Kreise herum. Wir verzichten gern auf die russische „Errungenschaft“, die Taschen mit Papiergeld voll zu haben, aber hungern zu müssen. Gegen den Schlechthandel müsse noch mehr unternommen werden. Städte mit außerordentlich hohen Löhnen könnten darauf rechnen, auch den größten Zufluss von Arbeitslosen zu erhalten, dann könnte und werde es noch zu Lohnunterbietungen kommen. Die öffentliche Arbeitslosenunterstützung, die als weiterer Erfolg des großen Anschwunges anzusprechen sei, zeige mitunter eine Höhe, die ihre Bedenken habe. Von einem andern Redner wurde hierzu die Behauptung aufgestellt, die in seinem Orte fast ausschließlich herrschenden bürgerlichen Kreise trieben es mit den ungewöhnlich hohen Unterstützungssätzen auch für Frau und Kinder offenbar zum Zusammenbruch; aus sozialem Verständnis müsse es nicht. Dieser steht nach Ansicht verschiedener Redner bestimmt zu erwarten. Deshalb müsse von dieser Stelle aus deutlich gesprochen werden. Bei unsern Mitgliebern sollten nicht falsche Hoffnungen Platz greifen, auch nicht hinsichtlich der ausländischen Arbeiterschaft. Die bereits kräftig einsetzende Arbeitslosigkeit und als verhängnisvolles Moment die Kohlenkrise wären schon Anzeichen dafür. Die verschiedentlich wahrzunehmende Verheerung der Gewerkschaftsmitglieder durch von Verantwortungsbewußtsein freie politische Matadore fand entschiedene Mißbilligung. Jetzt sei klare Erkenntnis für jeden einzelnen äußerst notwendig. Mit der Bewachung über die Revolution seien die ungeworden Schwierigkeiten in Deutschlands heutiger Lage um gar nichts verringert.

Die reinen Buchdruckerfragen nahmen naturgemäß einen noch größeren Teil der Sprache in Beschlag, wenn auch durch die angenommene Entschloßung I (siehe unter den wichtigsten Beschlüssen in voriger Nummer) manches hiervon nicht angeführt zu werden braucht. Die Verschlebung der Arbeitszeit a. B., die zwei Redner ent-

Wieder nicht gehen lassen wollten, kann mit der Bedingung nicht längerer Arbeit als 48 Stunden in der Woche kein Streitgegenstand sein, nachdem nicht nur der Buchdrucker (Punkt 19), sondern auch das Demobilisationsamt und die schiffliche Regierung die Arbeitsunterstützung als zulässig erklärten. Auf eine Anfrage wurde bemerkt, daß für uns die Einstellungsbestimmungen des Buchdruckerstreiks gelten, so daß auch die schiffliche Exekution in Anwendung gebracht werden könne, was für ein noch in auffälliger Weise gegen Punkt 8 der Buchdruckerstreikbestimmungen des Tarifamtsbeschlusses handelnde Tarifamtsmitglied oder andere Prinzipale, die ihre Auslegungskünste freiben (Dresden), ein Wink sein wird. Die wiederholten förmlichen Erklärungen der Prinzipale, daß jeder wieder an seinen alten Platz kommen sollte, scheint ihnen noch unbekannt zu sein. Allerdings wurde zugegeben, daß auch trotz gewissenhafter Erfüllung der Einstellungspläne die Fälle von Eingehen der Druckereien auf die Forderungen größerer laufender Aufträge schon zahlreiche Arbeitslose zur Folge haben könnten. Berlin hatte in der Woche 600, Hamburg 300, Dresden 157, Köln 113 Konditionslose. Was solle da werden, wenn erst einmal alles aus dem Felde zurück ist? Berlin habe noch 5000 Mann zu erwarten. An der ersten Buchdruckerstreikverordnung wurde gerügt, daß nur von einem sechshundertprozentigen Zuschlag für Berechner auf den Kaufpreis gesprochen wurde, es müßten doch 10 Proz. auf die einzelne Arbeit oder auf den Gesamtwochenverdienst gelegt werden, was ohne weiteres als zutreffend anerkannt wurde. Aber den Buchdrucker wurde noch manches gesprochen; der Berliner Standpunkt geht aus dem Versammlungsbericht in Nr. 141 hervor. Sonst war es meistens die Übertragung der WZB-Mitteilung, da man gar nichts von der neuen Einrichtung gemerkt habe. Die Beschlüsse besaßen wurden in den Hauptpunkten aber mehrfach ausdrücklich anerkannt. In Punkt 13 der Buchdruckerstreikbestimmungen fand Hervorhebung, daß auch die durch den Hilfsdienst der Druckereien entzogenen Arbeitskräfte Anspruch auf WiederEinstellung haben. In Nebenfragen gab es Kritik: Der zweite Absatz zu Punkt 3, der von den schwerfälligen Druckarbeiten handelt, wurde mehrfach angegriffen. Mit der Erklärung, daß für diese Ausnahme vor allem der Druck von Papiergeld in Betracht komme, erwiderte sich das. Hinsichtlich der Beibringung wurde angeführt, deren Einstellung sei während der Kriegszeit in einem sehr großen Umfang erfolgt, daß jetzt von den Prinzipalen als Entgegenkommen ihrerseits erwartet werden müsse, zu den nächsten Terminen keine weiteren Beibringungen anzunehmen. In Dresden wurde mittels Plakaten mit Druckereiarbeitern an den Säulen jetzt sogar die Beibringungsverordnung betrieben. Daß in Berlin die Spartakusleute sich der Beibringungsfrage bei uns „angenommen“ haben, zweiwöchige Bezahlte und ein Kostgeld von 30 Mk. an verlangen, erregte den Anstoß der Konferenz und fand als Einmütigkeit in unsere Angelegenheiten Zurückweisung. Die Regelung der Frage der sogenannten Kriegsangelegenheiten (Punkt 10) wurde demängelt; in dem Jahresbericht für 1916 des Tarifamts wäre sie besser erfolgt. Aus Schwerin wurde ein Fall berichtet, daß einem aus dem Felde zurückgekehrten jungen Mann erst 10 Mk. geboten wurden. Aus Dresden, Chemnitz, Leipzig fanden Fälle von Vorenthaltung der Papiere und rigorosen Verlangens betreffs Nachlernens Erwähnung. Es wurde deshalb verlangt, daß während der Kriegsjahre in kurzer Zeit Gelegenheit zur Ablegung der Vorprüfung gegeben werden müsse (Die Typographischen Vereinigungen sollen hier ihre Mithilfe zur Verfügung stellen), da die eigentlichen Gehilfenprüfungen meistens nur zweimal im Jahre stattfinden. Auch für angemessene Bezahlung müsse eine bestimmte Vorkehrung getroffen werden. Hinsichtlich der Überkündeneinfordrungen habe mehr zu geschrien; die Organisation solle da auch selbst einwirken. In gewissen Druckereien scheine es nach der alten Methode weiterzugehen zu sollen, sogar bis zu 18 Stunden möchte eine Dresdener Setzungsdruckerei an den Sonnabenden arbeiten lassen. Die Spartenvertreter betonten verschiedene Notwendigkeiten. In Berliner Druckereien werde viel zu viel von den Maschinenmeistern verlangt, 32stellige Rotationsmaschinen seien jetzt von einem Drucker bedient worden. Für die Maschinenjunge werde eine geringere Arbeitszeit gefordert sowie Zurücktreten der Angeleiteten zugunsten der Zurückkehrenden, sonst blieben zu viel Maschinenjunge arbeitslos. Die Berliner Stereotypen haben jetzt schon 30 Arbeitslose. 200 Mann dieses Spezialberufs würden aber allein für Berlin noch zurück erwartet. Setzer- oder Druckereistatistiken sollte es deshalb jetzt nicht mehr geben. Bei den Korrektoren sind gerade da weibliche Kräfte eingestellt worden, wo vorher Korrektoren nicht beschäftigt wurden. Sonst hätten die Angeleiteten Eingang in den Korrektorenberuf gefunden. Die Kohlenkrise zog sich wie ein roter Faden durch die Verhandlungen. Es sei so, daß Firmen, die in allem gut gestellt sind, genügend Kohle haben, andere aber an gleichen Orte schließen müßten, weil sie infolge Beschlagsnahme jetzt keine erhalten können. In Stuttgart werde nur noch 30 Stunden in der Woche gearbeitet, es habe jedoch über Entschädigung des ausfallenden Arbeitslohnes eine an-

nehmbare Regelung stattgefunden: Je ein Drittel Staat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Auch in München werde es ähnlich gehandhabt. In Nürnberg haben wegen der Kohlennot die Zeitungen die Nacharbeit aufgeben müssen. In Berlin sei es so, daß wo mehr als 200 Zentner Kohlenvorrat, noch fünf Stunden gearbeitet werden könnte. Die schiffliche Volkshaus pläbe aber aus Leipzig in die Beratungen: Hier ist pöblich von morgens 8 bis 11 Uhr und nachmittags von 1 bis 4 Uhr die Gaspreise angeordnet, ausdrücklich aber eine Verlegung der Arbeitszeit deswegen verboten worden. Die Druckereien mit durchgehender Tagesarbeit, d. h. die allermeisten, könnten also nur zwei oder drei Stunden arbeiten. Man stelle sich hierbei auf den Standpunkt, daß die Arbeiterschaft sich zur Verfügung zu stellen habe, denn einen solchen Ausfall können die Gehilfen auch nicht anstellt fragen. Es müsse erwartet werden, daß die anordnenden Behörden einen anderen Weg finden. Der Vorsitzende bemerkte, daß für die Entschädigung infolge Kohlennot, Gas- und Strompreise noch eine besondere gesetzliche Regelung in Aussicht stehe. Schließlich wurden zwei eingereichte, durch Überarbeitung zusammengelegte Resolutionen über die wichtigsten der erörterten Angelegenheiten in der Fassung wie in voriger Nummer abgedruckt (I) angenommen. Am zweiten Tage wurde dann noch der Organisationsvertrag behandelt, worüber der zweite Verbandsvorsitzende Grahammann sachkundig referierte. Er griff zurück auf die Stellungnahme der Würzburger Generalversammlung hierzu. Der Deutsche Buchdruckerverein habe dann eine gerichtliche Feststellungsklage über die Anwendbarkeit des Organisationsvertrags auf politische Streiks wie in Berlin im Januar aufbringen wollen. Darauf habe der Tarifamtsgeschäftsführer in der Tarifauschubung (Sull) einer außergerichtlichen Verständigung das Wort erbeten. Am 5. September wäre es in Leipzig zu einer zweiten Aussprache mit dem Deutschen Buchdruckerverein gekommen — die erste fand Mitte April statt — in etwas erweiterter Beteiligung von Seiten der Vorstände und unter Mitwirkung des Kollegen Schless. Hier hätten die Prinzipale auf dem Vorlaufe des Vertrags bestanden. Die Gehilfenvertreter erkannten das Tarifamtsurteil in der Sache als einwandfrei an, bekräftigten aber, daß bei Abschluß des Organisationsvertrags an solche Vorgänge gedacht worden sei, und erklärten in Hinblick auf manderlei Möglichkeiten bei Kriegsende, daß der Verband unter keinen Umständen eine Haftung übernehmen könne für etwaige Ereignisse, die ganz außerhalb seiner Macht und seines Einflusses liegen. Die Prinzipalvertreter läßen das ein und wollten unter Abkandnahme von den geforderten Entschädigungen in den Berliner Fällen künftig gegebenenfalls unsere Organisation von der Haftung entbinden. Inzwischen wurden weitere Erklärungen der in Aussicht genommenen Bauvorsteherkonferenz vorbehalten. Unwünschen habe der Verbandsvorstand ein Rechtsgutachten eingeholt, worüber die Konferenzteilnehmer näher informiert wurden, ebenso über ähnliche Prozesse von anderen Gewerkschaften. Auf Grund aller Erwägungen und beharrt in der Richtigkeit ihrer Auffassung durch die neueren Ereignisse habe die Verbandsleitung sich in einer Sitzung geeinigt, den folgende ablaufenden Organisationsvertrag nach Lage der Dinge nicht zu erneuern. Die im Vertrag vorgesehenen, durch die Würzburger Generalversammlung wie im Tarifauschubung nach dem bekräftigten Bereitwilligkeit zur gemeinsamen Bekämpfung der auch die Gehilfenchaft schädigenden Schmudhkonzurrenz solle dadurch jedoch nicht berührt werden. Von der Gehilfenchaft müsse bestimmt erwartet werden, daß sie auch ohne den Organisationsvertrag Kontraktbruch unterläßt, könne doch der einzelne nun mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches weit stärker gefast und für den vollen Schaden haftbar gemacht werden. Auf Vorschlag eines Konferenzteilnehmers erfolgte ohne Diskussion und einstimmige Annahme der Entschädigung II in voriger Nummer. Grahammanns Darlegungen hatten also volle Überzeugungskraft. Wir können noch hinzufügen, daß in einer am 5. Dezember mit dem Vorstands der Prinzipalorganisation gehaltenen Aussprache dieser sich den vorgebrachten Gründen anschloß und die Erklärung der Bauvorsteherkonferenz akzeptierte. Über Unterstützungsangelegenheiten, Beitragsleistung, Behandlung der Kriegseingeleitenden, der in den Beruf sonst zurückkehrenden Kollegen und ähnliche Fragen referierte Verbandsorganisator Eiler. Es sei vieles anders gekommen, wie man in Würzburg die Darstellung gehabt habe. In der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung sei unerkennbar ein großer Fortschritt festzustellen, sie habe auch auf Frauen und Kinder Ausdehnung gefunden. Der Verband könne deshalb zurückhalten, denn ein Anreiz zum Unterstützungsanspruch dürfe nicht geschaffen werden. Der Vorstand gelte dafür aber bezüglich der ausgeschuerten Entgegenkommen. Die Hauptfrage sei, wie groß werde sich die Arbeitslosigkeit gestalten. Da müsse er sagen, daß wir wohl gezwungen werden könnten, noch die häuslichen Leistungen herabzusetzen. Schon im vierten Quartal 1918

würden wir bei diesem Unterstützungswege zu einem großen Defizit kommen. Mit der Beitragsverhöhung von 30 Pf. sei daher auf die Dauer nicht auszukommen. In der Krankenunterstützung würden wir zudem, namentlich durch das vierte Quartal infolge der massenhaften Grippeerkrankungen, so unangenehm abgeschrieben, daß wir im Jahre 1918 um die Hälfte niedrigerem Mitgliederstande die doppelte Aufwendung wie im letzten Vorjahre 1913 haben würden. Trotz nur 28000 Mitgliedern hätten wir im Jahre 1918 so viel Sterbegeld zu zahlen wie noch niemals. Die traurigen Ernährungen- und sonstigen Verhältnisse werden die Verbandskasse bei der Kranken- und der Invalidenunterstützung weiter noch sehr belasten. Bei unserm Vermögen müßte mit 15 Proz. Ausnutzung schon bei jeder guten Papiere gerechnet werden. Wenn auch die Gehälter des Verbandes gänzlich ausgesetzt seien, wäre der Ausfall aber doch recht beträchtlich. Die Vorlage (siehe III im Artikel der vorigen Nummer) einzeln durchgehend, erörterte Eiler sorgfältig alle Möglichkeiten und gab die entsprechenden Ausrechnungen bekannt. Die Diskussion nahm einen ziemlich lebhaften Lauf. Die dabei gegebenen Anregungen oder gestellten Anträge sind größtenteils in dem Abdrucke berücksichtigt. Vorsitzender Eiler gab noch eine ganze Reihe von Sätzen bekannt, u. a., daß bis zum 28. November 7415 Mitglieder als gefallen an- und 3190 zurückgemeldet waren. Der Vorstand habe deren Angelegenheiten sehr wohlwollend geprüft, so daß 94 Proz. der letzteren als Mitglied wieder anerkannt werden könnten. Alle Fälle könnten ja gar nicht angefragt werden, wie es manche Konferenzteilnehmer anscheinend wünschen; nur um die Aufstellung von Grundregeln könne es sich hier handeln. (Es sei hier gleich bemerkt, daß Kollege Grahammann wie in Würzburg wieder um bessere Ausfüllung der Zurückmeldeformulare ersuchte; vor allen Dingen sollten über die Personalien lieber mehr als zu wenig Angaben gemacht werden.) Diejenigen Mitglieder, die bei der großen Arbeitslosigkeit freiwillig in einen anderen Beruf übergingen und die Kassen somit entlasteten, sollen Entgegenkommen finden; die anderen aber, die der hohen Munitionswirtschaften wegen abwanderten und auch trotz Aufforderung keine Beiträge entrichteten, können das nicht erwarten. Eine gewisse Rolle spielten noch die Gauaufschüsse, deren Aufhebung wieder angeregt wurde. Hierzu erklärte der Verbandsorganisator, daß der Vorstand schon einmal einen solchen Antrag gestellt habe, aber damit abgefallen sei; die Aufwendungen differierten in den einzelnen Gauen von 3 bis zu 12 Pf. Die Vorlage der Verbandsleitung wurde darauf mit stillen Ergänzungen einstimmig angenommen. Es empfahl sich, die Unterstützungsbestimmungen der Würzburger Generalversammlung (Nr. 63) zu einem Vergleich heranzuziehen. Der dritte Verhandlungstag war in weitem Umfang der Erledigung von wichtigen Fragen verwaltungsmäßig und kassentechnischer Art gewidmet, wobei allerdings auch andere Angelegenheiten von Belang erörtert wurden. Ein ganz beachtenswerter Vorgang kam aus Braunschweig zur Sprache. Dort ist der „Volkshaus“ wieder von einer anderen Richtung der Sozialdemokratie mit Gewalt in Besitz genommen worden. Das technische Personal wurde unter Ausschaltung des Lohnes für vierzehn Tage entlassen, der Zutritt zur Arbeitsstätte war einfach verweigert; auch eine auf anderem Wege übermittelte Erklärung, daß sich das Personal zur Verfügung stelle, nützte nichts. Aus Gehilfen anderer Druckereien (nicht jüngerer, wie wir in Nr. 134 schrieben), die zum Teil ihre Stellen unter Kontraktbruch verliehen, ununterrichteten Soldaten und einigen Beibringenden aus einer Braunschweiger Firma wurde ein neues Personal gebildet. Aus Bremen konnte von einem Anlaufe zu einer ähnlichen Personalereidigung berichtet werden. Mit Nachdruck erklärte die Verbandsleitung, daß Druckereipersonale nicht in den parteipolitischen Streit einbezogen werden dürfen. Sie arbeiten, wozu sie beauftragt werden, und geben auch ihrerseits der vollen Vorkriegszeit kein Hindernis. Die Konferenz erwartet von den noch fortgeführten Verhandlungen, daß das alte Personal schleunigst wieder seine Plätze einnehmen kann, und daß die aus dem Heeresdienst Entlassenen ebenfalls in ihre alten Stellungen eintreten können. Das Verhalten des Ersatzpersonals fand entschiedene Mißbilligung. Die Einberufung der nächsten Generalversammlung soll zu gegebener Zeit erfolgen, d. h. sobald sich ein Überblick gewinnen läßt über die Gestaltung der Dinge resp. nach Friedensschluß. Dem Vorstands wurde anbelegestellt, in Anpassung hieran sich je nachdem für eine ordentliche oder eine außerordentliche Tagung zu entscheiden. Eine ordentliche Generalversammlung bedingt bekanntlich Bindung an eine längere Einberufungsfrist. Entsprechend den der Gehilfenchaft ab 1. Dezember bewilligten neuen Steuerzulagen wurde auch den Verbandsangehörigen vom gleichen Zeitpunkt ab eine Verbesserung zuteil, was von ihnen dankbar empfunden wird. Die Wiederbelebung unserer internationalen Beziehungen durch die geplante Einberufung eines internationalen Buchdruckerkongresses erfuhr auf der Bauvorsteherkonferenz verständnisvolle Würdigung. Die Untergang zur Einbe-

rufung des internationalen Buchdruckerparlamentes ging bekanntlich vom Schweizerischen Typographenbund aus. Das daraufhin vom deutschen Verbandsvorstand an das Internationale Sekretariat in Stuttgart gerichtete Schreiben, dessen Wortlaut in Nr. 132 des „Korr.“ bereits bekanntgegeben worden ist, fand bei den Gauvorstehern nach dem vom zweiten Verbandsvorsitzenden Graßmann noch eingehend gegebenen Kommentierungen einhellige Zustimmung. Es geht daraus erneut hervor, daß sich die deutschen Buchdrucker vollständig frei wissen von irgendwelcher Feindseligkeit gegen ihre Berufsbrüder in den allerersten Ländern. Sie bedauern nach wie vor den unglücklichen Krieg, den sie nicht zu verhindern vermochten, und hoffen, daß sich die Arbeiter aller Kulturländer möglichst bald wieder zu gemeinsamen Wirken auf internationalem Gebiete zusammenfinden werden. Wirtschaftliche Beweggründe sind allein maßgebend für diese Notwendigkeit. Von Holland, Frankreich, Italien und Serbien sind noch keine Antworten auf die Rundfrage des Internationalen Sekretariats eingelaufen. Zur Besichtigung eines internationalen Buchdruckerkongresses seitens des deutschen Verbandes wird der Verbandsvorstand zu gegebener Zeit Stellung nehmen.

Ein nachdenkliches Kapitel aus der Kriegszeit wurde mit der von einigen kleinen Gauen angelegten Freistellung von Funktionen aufgerollt. Diese Frage wird namentlich im Gau Westpreußen akut, wo demnach die seit langen Jahren amtierenden Personen zurückzutreten gedenken, teils wegen Berufsveränderung, teils wegen Altersüberbürdung. Gerade in den stillen Gauen, wo in organisatorischer und tariflicher Beziehung in Zukunft noch weite Gebiete zu bearbeiten und zersetzte Fäden neu zu knüpfen sind, macht sich das Fehlen von geeigneten Kollegen, die gewillt sind, in ihrer freien Zeit die Lasten der Verbandsgeschäfte auf sich zu nehmen, schwer fühlbar. Mannigfache Klagen wurden in dieser Beziehung laut. Obwohl man sich diesen gegenüber auf die Dauer nicht wird verschließen können, soll doch zunächst versucht werden, in Form erhöhter Allokationshöhenbeihilfen aus der Hauptkasse den bedrängten Gauen über die schwierigste Zeit hinwegzuhelfen, bis sich übersehen läßt, wie sich die deutsche Landkarte nach erfolgtem Friedensschlusse gestalten wird. Abgesehen von der Angliederung kleinerer Gauen an größere später in Erwägung gezogen werden, worüber aber der nächsten Generalversammlung noch keine Entscheidung zufallen wird, Gauen, die für eine Verschmelzung in Betracht kommen würden, können jedoch schon unter sich Verhandlungen anknüpfen, um die Frage zu erleichtern.

Über die Anlegung der Verbandsgelder erfolgten einige Mitteilungen, die von großer Vorsicht unserer Organisationsleitung zeugen.

Eine ganze Reihe von selbstgemachten, im Interesse der Gewerkschaft liegenden Anregungen der Konferenz betreffend die Ferienfrage usw. werden in nicht zu ferner Zeit den Buchdruckerat beschäftigen und von diesem hoffentlich eine Verabschiedung erfahren, von der sich sagen läßt, daß ein weiterer Schritt nach vorwärts erzielt worden ist.

Ein anderer wichtiger Beratungspunkt betraf die Förderung der technischen Fortbildungsbefreiungen der Gewerkschaft, die in erster Linie von Verbänden der Typographischen Gesellschaften erstrebt wird. Kollege Graßmann ließ in einer gefühlswarmen Rede darüber keinen Zweifel aufkommen, daß den technischen Fortbildungsbefreiungen die größte Bedeutung beigemessen ist. Das deutsche Produkt müsse auf eine Höhe gebracht werden, daß es trotz teurer Preisstellung — hervorgerufen durch die schwierige Beschaffung des Rohstoffmaterials — auf dem Weltmarkt begehrte und gekauft werde. Das gelte auch von den Erzeugnissen des Buchgewerbes. Nur durch Qualitätssteigerungen werde es gelingen, die deutsche Arbeit wieder zu Ehren zu bringen und unser armes Volk lebensfähig zu erhalten. Kollege Graßmann ersuchte die Gauvorsteher, der Förderung der technischen Fortbildungsbefreiungen zum Nutzen des Gesamtgewerbes das lebhafteste Interesse entgegenzubringen, dies auch materiell zu bezeugen und in allen Mitteilungsblättern die Erkenntnis von ihrer Notwendigkeit lebendig zu erhalten. In der Konferenz kam die vollste Übereinstimmung mit den vom Verbandsvorstand dargelegten Gesichtspunkten zum Ausdruck, und der Vertreter des Verbandes der Typographischen Gesellschaften, Kollege Dreher, verhehlte nicht, seinen Dankesworten für die zugelegte Förderung zugleich eine Übersicht über das zu verfolgende Programm der Bildungsarbeit anzuschließen.

Damit war der Schluß der Konferenz näher gerückt. Kollege Engelbrecht, der Leipziger Gauvorsteher, gab seiner Freude Ausdruck über den in jeder Beziehung guten Verlauf der Konferenz. Was getan werden konnte, um unter so schwierigen Verhältnissen schnell für die Konferenzteilnehmer in allem zu sorgen, sei geschehen, dank insbesondere der Bemühungen einzelner Leipziger Kollegen. Allen Delegierten wünschte er glückliche Heimkehr.

Verbandsvorsitzender Selb dankte im Anschlusse daran den Leipziger Kollegen und der Volkshausverwaltung

namens aller Teilnehmer. Die Gauvorsteherkonferenz sei mit Erfolg bemüht gewesen, den schwierigen Zeitverhältnissen angemessene Beschlüsse zu fassen, um die Gewerkschaft in den Stand zu setzen, ihre organisatorische Kraft zweckentsprechend und energisch zu verwenden. Die Arbeiterchaft in ihrer Gesamtheit frage an den eingetretenen Verhältnissen keine Schuld. Die Grundlage einer Besserung der Verhältnisse, wie sie von den Gewerkschaften erstrebt werde, sei freilich von Regierung und Unternehmern oft genug bekämpft und untergraben. Sollen sich diese aus dem inzwischen eingetretenen Umschwung in der Denkart die richtige Ausnützung gezogen für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens mit Hilfe der Arbeiterorganisationskräfte. An das Resümee aller Beschlüsse der Gauvorsteherkonferenz knüpfte unser Verbandsvorsitzender den Wunsch, daß sie zum Segen der Gewerkschaft ausgetragen werden möchten, und schloß sodann die dreitägigen Verhandlungen.

Den Konferenzteilnehmern noch die Mitteilung, daß Kollege Dornis erfreulicherweise am 7. Dezember das Krankenhaus verlassen und die Heimreise antreten konnte.

Papiernot und Papierverfeuerung

XLVI. Verkürzte Umfangseinschränkung der Zeitungen.

Die neue Nummer des „Reichsgesetzblattes“ enthielt eine Verordnung über Druckpapier, die eine weitere starke Umfangseinschränkung der Zeitungen bedeutet. Der Wochenumfang der Tageszeitungen wird nach der betreffenden Verordnung unter Zugrundelegung ihrer Seitenzahl und Erscheinungsorte weiter eingeschränkt und Zurücknahme und Umtausch unverkaufter Exemplare (sogenannter Remittenden) werden verboten. Ähnlichst dürfen Zeitungen, die in dem sogenannten Berliner Format (31 $\frac{1}{2}$ × 47 cm) gedruckt werden, bei einmaligem täglichem Erscheinen 44 Seiten, bei mehrmaligem täglichem Erscheinen 84 Seiten wöchentlich umfassen. Zeitungen früheren Formats dagegen müssen sich bei einmaligem täglichem Erscheinen auf 32 Seiten, bei mehrmaligem täglichem Erscheinen auf 58 Seiten beschränken. Das Reichswirtschaftsamt begründet seine neuerliche Maßnahme gegen das durch die Papiernot ohnehin schon stark in Mitleidenschaft gezogene Zeitungsgewerbe damit, daß die augenblicklichen Kohlen- und Transportverhältnisse die Papierherstellung im selbständigen Umfang als undurchführbar erscheinen lassen.

Es soll sich bei der angelegten Umfangseinschränkung der Zeitungen zwar nur um eine vorübergehende Maßnahme handeln, wodurch der Presse in ihrer Gesamtheit während der nächsten schwierigen Wochen das weitere Erscheinen — wenn auch in gleichmäßig verkleinerter Umfang — ermöglicht werden soll. Immerhin aber stellt der neue Erlaß für das gesamte Zeitungswesen eine so tiefe einschneidende Maßnahme dar, daß es wohl zu verstehen ist, wenn die Vereinigung großstädtischer Zeitungsvorleger dagegen lebhaft Protest erhob. Sobald diese Interessentenkreise von dem beschlissenen Erlaß Kenntnis erliefen, protestierten sie in aller Schärfe dagegen. Die Verordnung wäre in der geplanten, schematisierenden Form geeignet, zahlreiche Zeitungsbetriebe in ihren Existenzgrundlagen zu erschüttern. Abgesehen von politischen Bedenken und Bedenken gegen die Einschränkung der Pressefreiheit, die der Verordnung entgegenstehen, müsse auch Protest dagegen erhoben werden, daß die seit Jahrzehnten bestehenden, viele Tausende von Arbeitern und Angestellten beschäftigenden Zeitungen zu Zwergbetrieben herabgedrückt würden, nur um eine kleine Zahl zu bevorzugen. Die einseitige Aufhebung des Rechts zu Rückgabe und Umtausch unverkaufter Zeitungen könne niemals die heuchelhafteste Papiererparnis herbeiführen. Sicher sei nur, daß sie eine völlige Umstellung des Zwischenhandels im Zeitungsgewerbe und damit die Gefährdung der Existenz vieler Tausender gerade von kleinen Gewerbetreibenden zur Folge haben müsse, die heute mit dem Handel mit Zeitungen ein erträgliches Auskommen finden. Die Unterbindung des Anzeigengeschäftes würde außerdem unserer ohnedies sehr getrossenen Industrie und dem unter den Nachwehen des unglücklichen Krieges schwer leidenden Handel die Möglichkeit nehmen, sich weiter zu erholen und neue Verbindungsweg durch Ausschluß von Verbraucherkreisen zu schaffen.

Der eindringliche Protest der großstädtischen Presse hat nicht vermocht, den neuen Erlaß des Reichswirtschaftsamts hintanzuhalten. Die eingetretene Katastrophe in der Kohlenversorgung hat eben alle noch so berechtigten Bedenken über die neuen gewaltsamen Eingriffe in das Zeitungswesen bestelle gedrängt. Unsere dahingehenden Beschränkungen geben wir ja bereits in Nr. 139 des „Korr.“ Ausdruck. Man kann nur die Hoffnung hegen, daß die inzwischen eingetretene weitere Beschränkung des Zeitungsumfanges auch wirklich nur eine vorübergehende Maßnahme bleibt und daß sie so bald wie nur irgend möglich wieder aufgehoben wird. In einer Zeit, wo sich die Zeitungen nach dem bekannten Worte Schopenhauers mehr

als jemals als die „Sekundenzeiger der Geschichte“ erwiesen, sind Eingriffe in ihre Existenzgrundlage doppelt schlagenswert.

XLVII. Beibehaltung der Papierbewirtschaftung.

Auf Bekanntgabe der Reichskommission zur Sicherstellung des Papierbedarfs bleiben die Anordnungen und Befugnisse der selber bestehenden Verwaltungsstellen unverändert in Kraft. Alle Angehörigen des Papier- und Druckgewerbes haben daher den Weisungen der bewirtschaftenden Stellen nach wie vor Folge zu leisten, insbesondere die Erfüllung der Anzeigepflicht gegenüber der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe genau zu nehmen und dieser Stelle die Übersicht über die Lage auf dem Druckpapiermarkt durch richtige und rechtzeitige Erstattung der monatlichen Anzeigen über den Verbrauch zu ermöglichen.

Nach einer Mitteilung der Kriegswirtschaftsstelle an den Verein Deutscher Zeitungsvorleger bleibt außer den Bekanntmachungen über Druckpapier und Druckfarbe auch die über Papier, Karton und Pappe vom 20. September 1917 nach wie vor in Geltung. Infolgedessen haben die meldepflichtigen Verbraucher von Papier, Karton und Pappe die monatlichen Anzeigen über Bezug und Verbrauch regelmäßig weiter zu erstatten. H.z.

□ □ □ Zur Kohlenversorgung □ □ □

Die Steigerung der Kohlennot.

Die Hoffnung, daß mit dem Ende des Krieges bzw. mit dem Abbau der Rüstungsindustrie Kohlen reichlich zur Verfügung stehen würden — besonders optimistisch veranlagte erwarteten sogar die Einstellung der behördlichen Regelung der Kohlenverteilung —, hat sich leider nicht nur nicht erfüllt, sondern die Not ist ins Unermeßliche gestiegen. Durch die überhöhten Walfenstillstandsbedingungen, in welchen Deutschland die Abgabe von umfangreichem Eisenbahnmateriale zur Nicht gemacht wird, sowie durch die notwendigen gewaltigen Demobilisationstransporte und nicht zuletzt durch den Mangel an Bergarbeitern infolge Streiks usw. ist die Versorgung mit Brennstoffen aufs Äußerste erschwert. Und das zu einer Zeit, in welcher die kälteste Jahreszeit vor der Tür steht. Nur bei größter Einschränkung im Verbrauch von Kohlen, Gas und Elektrizität und genauer Befolgung der einschlägigen Bestimmungen kann der Not wenigstens einigermaßen gesteuert werden. Unsere neue Reichsregierung hat den Reichskohlenkontrollamt und seine Organisation beibehalten. Alle in den Händen des Volkes befindlichen politischen Organe wurden aufgefordert, in die bestehenden Organe nicht einzugreifen, sondern alle erforderlichen Maßnahmen der Zentralleitung zu überlassen.

Es mag ausgehen werden, daß bisher, hauptsächlich in den Monaten September und Oktober, im Nachhinein der vornehmlich in den kriegswichtigen Betrieben herrschenden Hochkonjunktur in einzelnen Städten weniger Sparmaßnahme in den Kohlen gewirtschaftet worden ist; in Berlin wurden z. B. im September rund 10000 Tonnen und im Oktober etwa 25000 Tonnen Gasohle mehr verbraucht als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Gegenwärtig aber ist man daran, zu sparen, wo nur irgend möglich. Selbst vor den kleinsten schneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen hat man nicht halt gemacht. Aus allen Gegenden kommen die Nachrichten über mehr oder weniger ausgeübte Gasparien. In Karlsruhe wurde die Sperre von 8 bis 10 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags eingeführt und mit einer vollständigen Gasparie gedroht, wenn es nicht gelingen sollte, auf diese Weise erhebliche Mengen an Kohlen zu sparen. In Dresden mußte der Straßenbahnbetrieb um 3 Uhr nachmittags und die Badenbeleuchtung um 4 Uhr vollständig eingestellt werden. In Leipzig, wo das Gas von 8 bis 11 Uhr und von 1 bis 4 Uhr gesperrt ist, besteht die Anordnung, daß eine Verlegung der Arbeitszeit aus diesem Grunde nicht katastrophal ist.

Kohlenförderung.

Eine der Hauptursachen der geringen Kohlenförderung bilden die gegenwärtig in einzelnen Kohlengebieten stattfindenden wilden Streiks. Die Nachrichten aus dem Ruhrgebiet sollen zwar zum Teil übertrieben sein und auf Missverständnissen beruhen. Von verschiedenen Sechen war die 7 $\frac{1}{2}$ Mündige Schicht eingestellt, inwieweit aber durch Verhandlungen die achtsündige Schicht vereinbart worden. Die Arbeiter, die von diesen Abmachungen nicht unterrichtet waren, glaubten nun an eine eigenmächtige Verlängerung der Arbeitszeit und waren darüber sehr erbittert, so daß sie in den Streik eintraten. Allerdings sollen sich von 200 Schächten in der dritten Novemberwoche nur etwa 30 am Streik beteiligt haben. Seit Anfang Dezember ist die Tätigkeit im Ruhrgebiet in allen Schächten wieder aufgenommen. Dagegen sind die Meldungen von einer Beendigung des umfangreichen Streiks in Oberschlesien bis jetzt leider unzutreffend, wenn auch die Zahl der Ausständigen von Tag zu Tag abnimmt. Die dortigen Bergarbeiter, welche bisher einen Tagelohn von 25 Mk. für die neunstündige Schicht bezogen, verlangen dieselbe Bezahlung auch für die achtsündige Schicht. Es handelt sich jedoch nicht nur um die Lohnforderung, auch politische Motive kommen bei diesen Ausständen der hauptsächlich aus Polen bestehenden Belegschaften in Frage. Diese Streiks, mögen sie aus den verschiedensten Gründen

hervorgegangen sein, können auf keinen Fall eine Rechtfertigung erlangen. Die Frage, ob die gestellten Forderungen berechtigt sind, scheidet in diesem Falle vollständig aus. Zuerst kommt das Allgemeinwohl, dann dasjenige der einzelnen.

Der bisherige Landtagsabgeordnete und Gewerkschaftsführer Süß, der dem preussischen Handelsministerium als Beigeordneter zugeteilt ist, beschäftigt sich vornehmlich mit Fragen des Kohlenbergbaues und begibt sich in den nächsten Tagen in die Kohlengebiete, um aufzuklären und vermittelnd zu wirken. Hoffentlich gelingt es ihm recht bald.

Als weiterer Grund für den Mangel an Kräften zur Förderung von Kohlen sind die Lasten angeführt worden, daß zahlreiche Kriegsgefangene, Internierte aus Belgien, Polen usw., ebenso Hilfsdienstpflichtige plötzlich aus den Bergwerken herausgeworfen wurden. Im ganzen schätzt man die Zahl der auf diese Weise herausgeworfenen Bergarbeiter auf 100.000. Diese Zahl kann naturgemäß nicht sofort, sondern mit der planmäßig durchzuführenden Demobilisierung nur allmählich ersetzt werden.

Die jetzige Kohlenförderung ist zum Teil mit derjenigen bei Ausbruch des Krieges zu vergleichen, zu welcher Zeit die Förderung von 60 Millionen Tonnen im Jahre 1913 zunächst auf 7 Millionen Tonnen zurückging, dann jedoch allmählich wieder zunahm. Hoffentlich hält auch die jetzige Krise nicht allzu lange an; wir wünschen wollen wir vor allem, daß wir vor einem allzu strengen Winter bewahrt werden. Notwendig ist zunächst die Verjüngung des Hausbrandes; die Vorsehung der Zufahrten für größere Wohnungen darf erst in zweiter Linie in Frage kommen. Ebenso werden sich Gewerbetreibende und Geschäftskunde größere Einschränkungen gefallen lassen müssen.

Drohender Ruin.

In den Entschädigungsforderungen der Entente an Deutschland befindet sich ein Punkt, nach welchem von der Erzeugung der deutschen Kohlenbergwerke eine Abgabe erhoben und während einer Reihe von Jahren behalten werden soll. Außerdem verlangen unsre Gegner, daß die deutsche Kohlenzeugung unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen ist. Diese Maßnahmen würden, wenn sie endgültig festgelegt oder gar dekretiert werden sollten, eine außerordentlich schwere wirtschaftliche Schädigung für Deutschland im Gefolge haben. Die Preise für die deutsche Kohle würden durch die beschlagnahmten Abgaben wesentlich in die Höhe schnellen, was um so bedauerlicher wäre, als seit dem 1. August 1916 unsre Kohlenzeugung bereits durch eine Kohlensteuer von 20 Proz. belastet ist. Ferner würde jede Ausfuhr deutscher Kohle so gut wie unmöglich gemacht werden, denn sie könnte mit der ausländischen heimfalls mehr konkurrieren. Was das bedeutet, kann man leicht erkennen, wenn man in Erwägung zieht, daß gerade die Kohle es ist, die es uns ermöglichen könnte, den Auslandsmarkt nach und nach wieder zu erobern und unsre Valuta zu steigern. Aber nicht nur das, durch eine weitere Verteuerung der Brennstoffe würden die Preise unsrer gesamten industriellen Fabrikation eine beträchtliche Erhöhung erfahren.

Diese Gefahr abzuwenden, muß eine der wichtigsten Aufgaben unsrer Volksregierung sein. Wenn schon Entschädigungen bezahlt werden müssen, dann werden sich Mittel und Wege hierzu finden, eine Kohlenabgabe aber würde es Deutschland fast unmöglich machen, mit Erfolg an einen Wiederaufbau heranzutreten. rk.

Eintritt des Schlimmsten ankündigt. Die neuen Männer in der Leitung unsres Ernährungswezens haben mit dem alten Fütchungssystem gebrochen, sie sprechen auch die härtesten Tatsachen unumwunden aus. Es ist das notwendig. Wenn in einer Berliner Versammlung nach einem Referate von Klebschneid ein bekannter Sozialdemokrat der alten Richtung mit dem Hinweis auf die Ernährung von Wurm, daß unsre Ernährung zusammenbrechen müsse, wenn nicht Hilfe vom Auslande komme, nur erzielte, daß zahlreiche Zuhörer „Schwindel“ ihm entgegen schallten und die Meinung laut wurde, schlimmer könne es ja nicht mehr werden — in der „Rosen Fabrik“ kann man solche Unbekümmertheiten der Kartoffelpolitik mit Entsetzen häufiger lesen —, so muß nur mit aller Rücksichtslosigkeit gesagt werden, was ist.

Das ist in der erwähnten Note denn auch geschehen. Es wird darin gesagt: Infolge der Grippe, der Unruhen, der Arbeitseinstellung der Kriegsgefangenen usw. ist ein erheblicher Teil unsrer Kartoffelernte in der Erde geblieben und durch den frühen Frost vernichtet worden. Dazu kommt die ungeheure Transportkrise, die ebenfalls dazu beigetragen hat, daß unsre Kartoffelvorräte nicht ordnungsmäßig haben eingeliefert werden können. Die Folge davon ist, daß die Hauptwohnbezirke nur noch für wenige Wochen mit Vorräten versehen sind und nennenswerte Zufuhren nicht mehr erwarten können. Ein Durchhalten der vorgekommenen Kartoffelration erscheint daher schon heute vollkommen ausgeschlossen, und höchstens die Hälfte der Ration wird allgemein ausgegeben werden können. Die Getreideversorgung war nach der verfrühten Inanspruchnahme der diesjährigen einheimischen Ernte in erheblichem Maß auf die Zufuhr aus dem Osten eingestell. Infolge des Fortfalles dieser Zufuhren hat sich die Lage der Reichsgroßdehelle derart ungünstig gestaltet, daß ihre Lagerbestände nur noch bis zum 7. Februar 1919 reichen, und auch dann nur, wenn die täglichen Zufuhren in gleicher Höhe wie im Vorjahr erfolgen. Dies erscheint aber nach Lage der Transportverhältnisse völlig ausgeschlossen. Nach dem 7. Februar würde sich also im günstigsten Falle nur eine tägliche Ration von 80 g Mehl, d. h. ein Drittel der gegenwärtigen Ration verteilen lassen. Diese Lage bessert sich auch dann nicht wesentlich, wenn die seit dem 1. Dezember zugestandene Erhöhung der Brotration wieder rückgängig gemacht wird, was aus technischen Gründen kaum vor dem 1. Januar möglich sein würde. Hierbei ist zu bemerken, daß die Erhöhung der Brotration seinerzeit ausschließlich aus politischen Gründen erfolgt ist. Sehr trübe sieht es auch um die Auslichten unsrer Feis- und Fleischversorgung aus, die namentlich das Durchhalten der Feiswirtschaft auf die Zufuhr der in Rußland angekauften Schaaten eingestell. Diese Vorräte sind naturgemäß nicht mehr abtransportiert worden. Die einheimische Feiswirtschaft gesteht deshalb nach dem völligen Zusammenbrüche der Milchwirtschaft nur noch einen Wirtschaftsplan bis 1. April. Bis zu diesem Tage steht aus der möglichen Anfertigung an Milchfeis und Margarineerzeugnissen nur noch eine Tageskopfmenge von 3,3 g zur Verfügung. Die Feisversorgung, die für den größten Teil der versorgungsberechtigten Bevölkerung nur noch eine Wochenkopfmenge von 100 g vorliegt, kann auch nur unter Subsidienabgabe ganz beträchtlicher Zufuhren aufrechterhalten werden. Ohne solche Zufuhren ist jedenfalls mit einer starken Herabsetzung aller wichtigen Lebensmittelrationen spätestens Anfang Februar zu rechnen. Was das bedeuten würde, geht daraus hervor, daß alsdann der Nährwert, der jetzt schon nur noch ein Drittel des normalen Durchschnittswertes darstellt, auf etwa die Hälfte des gegenwärtigen Nährwertes herabfallen würde. Diese Tatsache würde ein langsames, aber sicheres Verhungern bedeuten.

Am 4. Dezember hat bekanntlich eine Viehzählung stattgefunden. Bis ihre Ergebnisse einen Überblick gestatten, wäre es schon zu spät; auch wenn das Resultat doch noch günstiger ausfallen sollte, als zu erwarten ist. Die Ernährungslage Deutschlands ist also tatsächlich trostlos. In einigen Städten werden schon Entkellerungen der Kartoffeln vorgenommen; auch die nur mit der zulässigen Kartoffelmenge versehenen Einwohner müssen einen Teil gegen Bezahlung herausgeben, damit die Wochenrationen noch eine kleine Weile vor zu großer Herabsetzung bewahrt bleiben.

Die Arbeiter- und Soldatenräte haben in verschiedenen Städten sich ein Verdienst erworben, indem sie den Schlechthandel scharf aus dem Lande nahmen und Hanfslager erleichterten. Aber das sind nur Palliativmittel. Was jetzt sich schon wieder eine Zunahme des verbotenen Nahrungsmittelverkehrs, der immer wieder neue Wege findet.

So ist denn das arme deutsche Volk auf die Gnade seiner Gegner angewiesen; es hängt von deren Menschlichkeitsgefühl ab, was aus uns wird. Sie haben manches gutgemacht von ihrer Hungerblockade gegen Deutschland. Hoffen wir, daß ihnen diese Einsicht kommt. Hoffen wir weiter, daß Wilson nun persönlich mehr durchzusehen vermag bei ihnen, als es den amerikanischen Vertretern in der Waffenstillstandskommission gelungen ist. Die niderösterreichische Note des Reichsernährungsamts muß aber auch vielen Volksgenossen, die sich in den letzten Wochen an der Allgemeinheit schwer vergangen haben, das Gewissen schlagen lassen. Hungerrevollen und Plünderungsakte wie mehrmals in voriger Woche verkommen nur noch die Lage, weil sie die Hilfe vom Auslande noch mehr in Frage stellen. Der Tag der Abrechnung mit den Vertretern der alten „Ordnung“ muß aber auch die zur Ururteilung zusammenfassen, die in der Ernährungswirtschaft das Volk ebenso täuschen, wie die zur Kriegsverlängerung immer wieder bereiten Gewalthaber es in anderer Weise ganz unverantwortlich getan haben.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Buer i. W. Die Versammlung am 24. November war gut besucht. Nachdem einige Zirkulare bekanntgegeben waren, teilte Vorsitzender Merck mit, daß die Firma Hermann Ebers den Tarif anerkannte; ferner gewährten sämtliche Firmen Einkellerungszulüsse, und zwar bis zu 60 Mk. Der Kassenertrag wurde genehmigt. Der Vorsitzende teilte kurz das Ergebnis der Kreisversammlung des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften in Leipzig mit. In längeren Ausführungen behandelte er alsdann das Thema: „Übergangswirtschaft“. Der Vorstand hat Eingaben an die Sechenverwaltungen gerichtet, den Druckereien Arbeiten zu überweisen. Es wurde noch beschlossen, allen Zurückkehrenden 5 Mk. auszusahlen. Sobald alle Kollegen zurückgekehrt sind, soll eine besondere Feier zu Ehren derselben abgehalten werden.

Seidelsberg. Trotz des schönen Wetters war die am 1. Dezember abgehaltene Versammlung sehr gut besucht. Der Vorsitzende begrüßte die aus dem Kriegsdienste zurückgekehrten Kollegen und hieß sie herzlich willkommen in der Heimat. Kollege Fürbach dankte und gab seiner Freude darüber Ausdruck, nach langer, harter Kriegszeit wieder an einer Versammlung teilnehmen zu können. Nach Genehmigung eines Aufnahmegeruchs gab Vorsitzender Schneider als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats einen Bericht über die Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie die unbillig verlaufene Revolution auch für Seidelsberg mit sich brachte. Längere Zeit nahm die Besprechung wegen Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer in Anspruch. Trotz der vom Buchdruckerate gestellten Beschlüsse für den Übergang zur Friedenswirtschaft und trotz des guten Willens der Prinzipale wird es nicht möglich sein, alle militärfrei werdenden Geblissen in Seidelsberg unterzubringen. Es wurde deshalb beschlossen, den arbeitslos bleibenden Kriegsteilnehmern neben der Arbeitslosenunterstützung des Verbandes und der städtischen Erwerbslosenfürsorge, die für männliche Arbeiter über 17 Jahre 2,40—4 Mk., für Arbeiterinnen 3—6 Mk. täglich vorzulegen, auch die feilberige Familienunterstützung aus der Bezirkskasse weiter zu gewähren. Zum Schluß gelangten Beschlüsse zweier in englischer Gefangenschaft sich befindlicher Kollegen zur Verlesung, aus denen ebenfalls große Friedenssehnsucht spricht.

Hof i. B. Die am 1. Dezember in Oberkochen abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Erschienen waren Kollegen aus Hof, Mühlberg, Selb, Schwarzenbach a. S. und Münsfeld. Es wurden die eingegangenen Zirkulare besprochen und die „Mitteilungen“ des Verbandes der Typographischen Gesellschaften gewürdigt, auch die Neubestellung der Hefte für 1919 angefragt. Festgestellt wurde, daß einige Firmen die Belegzahl erheblich überschritten haben. Gehilfenvertreter, Tarifamt und Handwerkskammer sind in Anspruch genommen worden bezugs Abhilfe. Es folgte nun ein Referat über „Rechtsfragen“ vom Kollegen Schwarz (Selb), der die richtige Anwendung der Wörter auf einer Zeile beleuchtete. Im Anschluß hieran wurde gewünscht, daß seitens der Kollegen „vom Schemel“ auch Duldbarmkeit geübt werden möge, wenn sich bei technischer Ausführung der Wörter Schwierigkeiten entgegenstellen sollten.

Koffbus. Die am 30. November abgehaltene Ortsvereinsversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Kollege Guck hieß die aus dem Felde bereits zurückgekehrten und zum größten Teil wieder in Arbeit stehenden Kollegen in unsrer Mitte herzlich willkommen, freilich kurz die in Deutschland vor sich gegangene Staatsumwälzung und gab Kenntnis von der erfolgten Delegation der Kollegen H. Guck und Schulz in den Arbeiter- und Soldatenrat. In warmen Worten gedachte der Vorsitzende sodann des fünfzigjährigen Berufsjubiläums des Kollegen Jappan, der sich trotz mannigfacher Schicksalschläge noch einer leidlich guten Gesundheit erfreue. Der Gekollegene „Typograph“ ehrte den Jubilar durch den Gesang stimmungsvoller Lieder, wofür Kollege Jappan in bewegten Worten dankte und einige interessante Erlebnisse aus längstvergangenen Zeiten zum besten gab.

Leipzig. (Korrekturen.) In der Versammlung am 15. Juli konnte der Vorsitzende den Kollegen Elmman als Jubilar begrüßen, der 50 Jahre frei unsrer Organisation zugehört und sich allzeit als eins der regsamsten Mitglieder unsres Korrekturenvereins bewährt hat. Sodann wurde der Halbjaresbericht entgegengenommen und dem Kollegen Wölkert Entlastung erteilt. Hierauf gab Kollege Sellwig eine eingehende Einführung zu einer Aussprache über den Registerfab, an welcher sich die Mitglieder in ausgiebiger Weise beteiligten. Vor allem wurde dabei bemängelt, daß gerade Registermanuskripte häufig recht mangelhaft sind und dadurch den Seher und Korrektor nötigen, zum großen Teil die Arbeit des Verfassers zu befragen. Wenn, wie zuweilen, die Anfertigung des Registers der Druckerlei ganz übertragen wird, so ist bei der Vorabrechnung große Vorsicht am Platze, da man sich gerade bei solchen Arbeiten über die zu verwendende Zeit recht sehr täuschen kann. — In der Versammlung am 23. September wurden einige interessante Stücke der eingegangenen Zeitpost bekanntgegeben. Hierauf erstattete Kollege Mauff einen Bericht über die Konferenz der Kreisvertreter des Verbandes der Typographischen Gesellschaften. Die Versammlung faßte einstimmig eine Entschliebung, worin sie sich für ein inniges Hand-in-Hand-Arbeiten der Sparten und Typographischen Vereinigungen innerhalb örtlicher Bildungsauslässe erklärte. — In der Versammlung am 18. November konnte der Vorsitzende

(Fortsetzung in der Beilage.)

□ □ □ Ernährungswirtschaft □ □ □

Trostlose Eröffnungen.

Der „Simpplissimus“ brachte am 5. Juni 1917 ein Schwarzbild: Ein anlegender großer Dampfer. Englische Soldaten patrouillieren an der Landungsstelle. Ein französischer Offizier in uninteressierter Haltung. Ein weiter vorn liegender englischer Winkler den mit den Worten: „Ein Schiff aus Amerika mit Lebensmitteln?“ rufend herandrängenden Hungergestalten einer griechischen Familie mit den Worten ab: „Nein — Druckschriften von Wilson über seinen Kampf für die Freiheit der Völker.“ Aber diesem sprechenden Vorgang heben die Worte: „Im ausgehungerten Griechenland“. Wie wenig lange wird es dauern, bis in der Überschrift das Wort Griechenland mit Deutschland ausgewechselt werden kann? Der amerikanische Präsident schwimmt jetzt mit einem Brunk und einem Gefolge nach Europa, wie es den aufwändigsten deutschen Erkalter nur mit Reid erfüllen kann. Wir wollen die Hoffnung nicht ganz aufgeben, obwohl sie schwach ist, wie erst in Nr. 139 an dieser Stelle ausgeführt, daß Wilson durch diesen Besuch auch in ernährungswirtschaftlicher Hinsicht dazu kommt, von seinen vielen schönen Worten etwas wahr zu machen für uns Deutsche. Hat er doch mehrmals erklärt, dem deutschen Volk nicht entgegen lassen zu wollen, was seine gewöhnlichen Nachbarn gegen alle Welt geltend haben. Auch der amerikanische Außenminister sagte erst in den letzten Tagen, der Gedanke an Rache liege Amerika den Deutschen gegenüber fern. Dazu gehört allerdings, daß die Repräsentanten der nordamerikanischen Republik auf die Regierungen von Frankreich und England einen sehr starken Druck ausüben, durch Großmütigkeit sich einen Namen zu machen.

Deutschlands und auch Österreichs ernährungswirtschaftliche Lage ist einfach trostlos. Wenn nach einer aus der Schweiz stammenden Quelle seit dem Waffenstillstande schon 50.000 Menschen bei uns der Hunger hingerafft hat, so wird damit leider nicht zu viel gesagt. Und doch ist es erst der Anfang von dem kommenden Elend! Das Reichsernährungsamt hat nämlich jetzt über den Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft eine Note ausgearbeitet, die den

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 142 — Leipzig, den 10. Dezember 1918

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

bereits einige aus dem Felde zurückgekehrte Mitglieder begrüßen und in warmen Worten der inwäsenden eingetretenen politischen Veränderungen gedenken, die den Arbeiter zu neuen Hoffnungen berechtigen. Ein Vortrag des Kollegen Sellwig über das Verhältnis der Geschlechts- und Lehrkräfte zur neuen Rechtschreibung behandelte deren zum Teil recht ablehnende Haltung. Wenn aber auch nicht ausgeschlossen sei, daß unsere Rechtschreibung später einmal eine durchgreifende Vereinfachung erfährt, sei es für uns Buchdrucker doch allein richtig, an der jetzt bestehenden Ordnung festzuhalten, bevor nicht eine neue geschaffen ist. Zum Schluß der Tagesordnung kam noch zur Sprache, wie wichtig es sei, gerade jetzt dahin zu wirken, daß den heimkehrenden Kollegen nicht durch Heimarbeit oder Berufstrennung die Arbeitsgemeinschaft genommen werde.

wj. Steffin. In dem prachtvollen Saal einer Freimaurerloge versammelte sich am 10. November die hiesige Kollegenchaft. Um in einfacher, dem Ernste der Zeit entsprechender Weise das fünfzigjährige Jubiläum des hiesigen Ortsvereins durch eine Festversammlung mit anschließender Familienfeier zu begehen, Mit dem Gesänge „Liedesbeilage“ von Matkowsky eröffnete unsere „Synagoga“ die Feier. Kollege A. Schuch begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Vertreter der hiesigen Prinzipalität, die Kollegen aus der Provinz und den Delegierten vom Gewerkschaftsamt. Die Festrede hatte der erste Verbandsvorsitzende, J. Sell, übernommen. Wegen der Revolutionen waren an diesem Sonntag und Aufhebung der Bahnverbindung nach hier konnte Redner aber nicht erscheinen, was allgemein bedauert wurde. In dankenswerter Weise hatte sich unser stellvertretender Bauvorsteher G. Reijke in letzter Stunde bereit erklärt, die Festrede zu halten. In längeren Ausführungen freifte er die Entwicklungsgeschichte des hiesigen Ortsvereins und die Entstehung des Verbandes im allgemeinen. Der Redner hob besonders die Opferwilligkeit der hiesigen Kollegen hervor, die Unterstützung der Familienangehörigen unter Kriegseinstellung. Mit einem Hoch auf Verband und Mitgliedschaft schloß Kollege Reijke seinen interessanten Vortrag. Am Anschluß übermittelte dieser namens des Ortsvereins dem Jubelvereine die besten Glückwünsche und überreichte als Angebinde ein Bild von unserm hochverehrten Vorsitzenden Emil Böblin. Im Namen des Gewerkschaftsamt überbrachte Herr Storch dem Vereine die besten Wünsche. Der Vorsitzende des hiesigen Prinzipalvereins, Herr J. Fischer, dankte in kurzer Rede für die freundliche Einladung. In seinem Glückwunsch sprach dieser die Hoffnung aus, daß das gegenseitige Einverständnis in Zukunft ein gutes sein möge und der wirtschaftliche Frieden gefördert werde. Zum Andenken an diesen Tag überreichte der Redner ein künstlerisches Gedenkblatt. Im Auftrage der Sportvereine überab Kollege Schmidt eine topographisch kunstvoll hergestellte Adresse. Desgleichen ließ die „Synagoga“ durch ihren Vorsitzenden die aufrichtigsten Glückwünsche dablegen. Am Schluß dankte der Vorsitzende sämtlichen Rednern für die zahlreichen Glückwünsche und versicherte, daß die Mitaliederchaft auch in Zukunft alles aufweisen werde, um für das ideelle und materielle Wohl der Kollegen zu sorgen. Es sei aber Wunsch aller Kollegen, stets eins und geschlossen zu bleiben. Nach dem Stimmungsspiel „Empor zum Licht“ wurde die Ehrung der Jubilare vollzogen. Von den Gründern des Vereins lebte noch Kollege Reijke I., der in einer Ansprache des Vorsitzenden besonders geehrt wurde. Die anschließende Familienfeier nahm einen harmonischen Verlauf.

Lt. Urm-Messing. Die am 22. November abgehaltene Versammlung erfreute sich sehr zahlreichen Besuchs. Mehrere Feindtruppen und schon vom Militär entlassene Kollegen hatten sich eingefunden. Mit einer kurzen Begrüßung derselben eröffnete der Vorstand die Versammlung. Unter „Geschäftlichem“ kam zur Kenntnis, daß Kollege Pfeffer am 5. November sein fünfundzwanzigjähriges Verbandsjubiläum begangen habe. Es wurden ihm vom Vorsitzenden im Namen der Mitaliederchaft sowie vom Hauptortstand Glückwünsche ausgesprochen. Zum nächsten Punkte der Tagesordnung: „Was hat uns die Umwälzung in gewerkschaftlicher Beziehung gebracht?“, erfaßte Kollege Glasbrenner ein kurzes Referat, in dem er zum Ausdruck brachte, daß die Revolution kommen mußte. Die Befallsbeziehung der Versammlung sprach für volles Einverständnis mit dem Vernommenen. Die Einführung des Achtstundentages ging ohne weiteres vor sich. Die Druckerbetriebsregeln wurden angewiesen. Sorge zu fragen, daß die vom Militär entlassenen Kollegen wieder eingestellt werden, wo sie vor Kriegsausbruch gestanden haben. Zwei Druckerereien haben versucht, die Zurückkehrenden zu verdrängen; es wurde aber Arbeit beantragt. Nach einem Bericht über die Urm sowie die Urmiller Arbeiterallosierung durch den Vorstand wurde den Kollegen Glasbrenner wurde die zum Teil etwas erröte Versammlung geschlossen.

Mittenberg. Eine endlich wieder einmal auf belustigte Versammlung eröffnete der Vorsitzende mit einer herzlichen Begrüßung der aus dem Felde zurückge-

kehrten Kollegen. Vor Beginn der Tagesordnung mußten wir aber die traurige Kunde vernehmen, daß noch zwei Kollegen den Tod im Völkerringen fanden. Hoffen wir, daß es nun die letzten sind. Nachdem das Protokoll vorgelesen, wurde über die Einführung des Achtstundentages berichtet. Sodann gab Kollege Koch einen Gesamtüberblick über die Leistungen des Verbandes während der Kriegsjahre. Anschließend hieran wurde über eine Unterstützung seitens des Ortsvereins zum Weihnachtstfest für die noch beim Militär befindlichen Kollegen gesprochen. Kollege Freund machte dann als Gewerkschaftsdelegierter längere Ausführungen über die Wahl der bevorstehenden Arbeiterversammlungen. Zum Schluß gedachte der Vorsitzende der Jubilare Kollegen Reijke, Lange und Bjalkowsky. Wegen vorzeitiger Gasperre mußte bald die von außer Stimmung erfüllte Versammlung um 9¹/₂ Uhr geschlossen werden.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Fragebogen des Tarifamts ausfüllen! Am Ende dieser Woche, am Samstag, soll der vom Tarifamt verordnete Fragebogen ausgefüllt und dann schnellst an das Tarifamt zurückgeschickt werden. Kollegen, sorg dafür, daß über jede Buchdruckerei ein solcher Fragebogen beim Tarifamt eingeholt! Wichtigste Rückmeldung ist erforderlich.

Nachahmensewerkes Beispiel. Eine große Freude bereiste die Firma W. Girardet in Essen ihren heimkehrenden Kriegern, indem sie an dieselben außer einer Extragabe von zwei Wochenlöhnen mit Fernerungszulage auch noch die an das Gesamtpersonal wiederum zur Auszahlung gebrachte Extrazulage im Betrage von 15 bis 20 Mk. (je nach Familienverhältnis und Beschäftigungsberechtigung) auszahlen ließ. Ungeachtet einfall auf den einzelnen Kollegen ein Betrag von 145 bis 200 Mk. Während der Dauer des Krieges erhielten die Familien der Engesetzten wöchentliche Unterstützungen. Dankbar gedenken die Heimkehrerinnen der weitreichenden sozialen Fürsorge ihres Arbeitgebers.

Zum früheren Arbeitschluss an Sonnabenden. Die Frage, ob es zulässig ist, Sonnabenden oder an Vorabenden der Feiertage eine kürzere als achtstündige Arbeitszeit einzuführen bzw. beizubehalten, um diesen Ausfall der Arbeitszeit an einem Wochentag oder an mehreren Wochentagen wieder wettzumachen, wird gegenwärtig unstritten. Wir verweisen aus diesem Grund auf die einschlägigen Gesetzes- und tariflichen Bestimmungen, in welchen diese Frage in zweifelsfreier Weise bejaht wird. In der Abordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 23. November 1918 heißt es unter Ziffer II: „Die regelmäßige achtstündige Arbeitszeit ausschließlich der Pausen darf die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten. Wenn in Abweichung hiervon durch Vereinbarung eine Verkürzung der Arbeitszeit an Vorabenden der Sonntage und Feiertage herbeigeführt wird, kann der Ausfall der Arbeitsstunden an diesen Tagen auf die übrigen Werktage verteilt werden.“ Aber auch der Buchdruckerrat hat zur fraglichen Angelegenheit Stellung genommen und sich auf den Standpunkt gestellt, daß gegen ein Fortbestehen dieses Vorabreitens Einwendungen nicht zu erheben sind. Auch eine Neuenführung der Vorarbeit ist gestattet; doch diese nicht dekretiert werden, die Parteien müssen sich darüber verständigen.

Ausstellung von Büchern und künstlerischem Wandschmuck. Der Deutsche Buchgewerbeverein eröffnete am 8. Dezember in den Ausstellungsräumen des Deutschen Buchgewerbehauses in Leipzig, Wallstraße 1, eine reichhaltige Weihnachtsausstellung von Büchern und künstlerischem Wandschmuck. Die Ausstellung, deren Besuch mit keinerlei Unkosten verknüpft ist, ist Sonntags von 11 bis 2 Uhr und Wochentags von 10 bis 4 Uhr geöffnet.

Fachauschuss für das Papierfach. Ein Erfolg der Eingabe der Gewerkschaften im graphischen Gewerbe und der Papierindustrie um Berufung von Arbeitervertretern in die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Ausschüsse der Kriegs- und Übergangswirtschaft ist bereits zu verzeichnen. Das neue Demobilisierungsamt beabsichtigt, seine Aufgaben in enger Verbindung mit aus Interessierten und Arbeitern zusammengesetzten Fachauschüssen zu lösen. Beschaffung von Aufträgen und gerechte Verteilung der benötigten Rohstoffe sowie Prüfung der Beschäftigungsverhältnisse sollen die Hauptaufgaben vor allem in den angelegten sein lassen. Auch für die gesamte Papierindustrie soll ein derartiger Fachauschuss gebildet werden. Eine Konferenz von Vertretern der für die Herstellung und Verarbeitung von Papier in Betracht kommenden Berufsgruppen beschloß, daß die bereits bestehende Reichskommission für die Sicherung des Papierbedarfs in erweiterter Form und unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiter diesen Fachauschuss bildet. Folgende fünf Berufsgruppen sollen in dem Ausschusse vertreten sein: die Papier- und Pappenfabrikation, der gesamte Papiergroßhandel, die Papierverarbeitung, der Verlagsbuchhandel und

der Papierwarenhandel. Je 16 Vertreter der Arbeiter- undnehmer werden in den Fachauschuss berufen werden; für unsere Organisation kommen zwei Vertreter in Frage. Bis zur endgültigen Konstituierung des Fachauschusses hat sich ein vorläufiger Arbeitsauschuss von 10 Personen gebildet, dem als Vertreter unserer Organisation Kollege Sell angehört.

Neuregistrierung der Arbeitsbedingungen im Buchbindergewerbe und Gaulektorenberufs. In einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter der beiderseitigen Organisationen im Buchbindergewerbe wurden Vereinbarungen getroffen, wonach die 48 tägliche Arbeitswoche einzuführen ist, und zwar darf die tägliche Arbeitszeit acht Stunden, Sonnabends sechs Stunden nicht überschreiten. Ein Lohnausfall soll durch die Arbeitszeitverkürzung nicht entstehen, auf die Akkordpreise wird ein Zuschlag von 10 Proz. gewährt. Aufstünden dürfen weder verlangt noch geleistet werden. Ausnahmen können nur in dringlichen Fällen zugelassen werden, und auch nur dann, wenn eine Abereinbarung zwischen Geschäftsleitung und Personal zustande kommt. Aufrecht erhalten wird das Verbot von Männerarbeit durch Frauen. Die Abmachungen bezüglich der Einstellung der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, der Entlohnung der in ihrer Arbeitskraft beschränkten Kriegesbeschäftigten, der eventuellen weiteren Verkürzung der Arbeitszeit bei Ausfall durch Kohlenmangel, der Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung usw. bewegen sich auf der Linie der Vereinbarungen im Buchdruckergewerbe. Eine Konferenz der Gauleiter stimmte dem Vorsitzenden Koch zu, welcher zu diesem Abkommen bemerkte, daß die Vorselektionsleistung der Produktionsmittel auch das letzte Ziel der Gewerkschaften sei, daß jedoch dieses Ziel nicht in ein paar Wochen oder Monaten durchzuführen wäre, besonders nicht im graphischen Gewerbe mit seinem starken Absatz auf dem Weltmarkt. Das nächste Ziel der Gewerkschaften müsse vielmehr die Schaffung der konstitutionellen Fabrik sein. Die Berufskennnisse der Gewerkschaften beziehe diese zu nützlichem Schaffen im Rahmen der gegebenen Verhältnisse. Dapon leit auch der Vertrag ein Ausdruck. Die Arbeiter- und Soldatenräte sollten nicht den wirtschaftlichen Wiederaufbau führen.

Arbeitslosigkeit in Berlin. Durch die heimkehrenden Soldaten, am großen Teil aber auch durch die Unsicherheit der politischen Verhältnisse und die damit im Zusammenhang stehende Mäßigung des Unternehmungsgeistes, hat die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Tagen sehr forschere Dimensionen angenommen. 3. B. haben sich die arbeitslosen Bauarbeiter innerhalb einer Woche von 300 auf annähernd 1000 vermehrt. Die Metallarbeiter haben 5000. In der am 5. Dezember stattgehabten Stadtebeneordnetenversammlung gab der Oberbürgermeister die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als 19000 an. Seitdem dürfte das Heer der Erwerbslosen noch bedeutend gestiegen sein, so daß manche Gewerkschaften sich bereits mit der Frage beschäftigen müssen, wie lange die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung ermöglicht werden kann.

Freiheit — nicht Terrorismus! In einer Versammlung von Sozialpolitikern erklärte kürzlich der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien, daß jeder Zwang auf Eintritt in eine Organisation unterbleiben müsse; das Recht der freien Entscheidung zum Beitritt in eine Organisation, die der Abgrenzung des einzelnen entspricht, müsse unangefasst bleiben. Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten, Ebert, der u. a. sagte: „Gerade weil wir an die Rechte des Volkes glauben, werden wir fortfahren wie bisher, ohne die Rechte Andersdenkender zu verletzen, für unsre Prinzipien und unsern politischen Glauben einzutreten.“ Aus diesen beachtenswerten Worten geht unzweifelhaft hervor — es handelt sich nicht um Phrasen; die lebenden Personen der Arbeiterbewegung werden ihren Worten zu jeder Zeit Nachdruck zu verleihen wollen —, daß in bezug auf die normale Agitation der einzelnen Organisationen von Terrorismus keine Rede sein kann. Die in Nr. 138 des „Korr.“ erwähnten Beschwerden des Ostpreußenbundes sowohl als die des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes sind nichts als ein hilfloses Gammeln; das Eingeständnis von mangelnder Zugkraft der betreffenden Organisationen. Ein Vorstandsmittglied des letztgenannten Verbandes hatte vor kurzem in der Presse einen scharfen Artikel veröffentlicht, in welchem er dem freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahnerverbande gegenüber unerbittlichen Terrorismus und Bolschewismus zum Vorwurf erhob und die Funktionäre dieser Organisation beschuldigte, sie würden die Herbeiführung von Verbesserungen mit Gewalt verhindern. Demgegenüber antwortete der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, daß seine Mitalieder ohne Ausnahme auf dem Standpunkte stehen, in erster Linie sei die Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes sowie die größtmögliche Steigerung der Verkehrsmittel gegenwärtig eine unbedingte Notwendigkeit, alles andere müsse vorläufig zurücktreten; sie seien auch der Meinung, daß zur Erreichung dieses Zweckes reaktionären Aufbegehren, wie z. B. den Vertretern des gegenständlichen Verbandes, das Handwerk geleistet werden müsse. Ferner wurde festgestellt, daß der Allgemeine Eisenbahnerverband, welcher angeblich 100000 Mitalieder zählt, zur

Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist, und daß die Behauptungen der Gegner lediglich unkontrollierbare Gerüchte darstellen. Es hat den Anschein, als ob bei manchen Leuten der Ernst der Stunde absolut nicht begriffen wird. Jedem anständigen Menschen sollte es doch klar sein, daß in diesen schweren Tagen jeder Arbeiter es als Ehrenpflicht betrachten muß, das Überleben zu leisten, um das deutsche Volk vor dem Hungertode zu bewahren. Auch die nun abgelaufenen milden Streiks im ober-schlesischen Kohlenbergbau sind entschuldigend zu mißbilligen. Die in Betracht kommenden Gewerkschaften, welche mit den Arbeitgeberverträge abgeschlossen hatten, waren ohnmächtig der ansehend von Polen und Tschechen ausgehenden Bewegung gegenüber. Durch derartige Machinationen können die Errungenschaften der Revolution leicht gefährdet werden. Hier heißt es mit eiserner Hand zugreifen. Freiheit soll keinen Terrorismus mit sich bringen, aber auch auf keinen Fall zur Maßlosigkeit ausarten!

Die Wahlen zur Nationalversammlung. Nach der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, welche am 16. Februar 1919 stattfinden sollen, werden die Mitglieder derselben in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundätzen der Verhältniswahl gewählt. Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben. Jeder Wähler hat eine Stimme. Als Wahlursachen kommen in Zukunft Konkurs sowie Armenunterstützung nicht mehr in Betracht, sondern lediglich Entmündigung und Vormundschaft sowie der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Durch die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen, auf die Männer von 20 bis 25 Jahren und auf die Soldaten hat sich die Zahl der Wahlberechtigten naturgemäß beträchtlich erhöht. Man schätzt sie auf 39 bis 40 Millionen, während wir im Jahre 1912 nur 14,4 Millionen Wahlberechtigte zu verzeichnen hatten. Auf durchschnittlich 150000 Einwohner entfällt ein Abgeordneter; wenn Landes- oder Verwaltungsbezirksgrenzen bei der Wahlkreiseinteilung zu berücksichtigen sind, wird ein Überschuß von mindestens 75000 Einwohnern vollen 150000 Einwohnern gleichgerechnet. Die kleineren Provinzen sowie die großen Regierungsbezirke in Preußen, ebenso Berlin bilden je einen Wahlkreis, andere Regierungsbezirke werden zum Teil auch mit nicht-preussischen Gebieten zusammengelegt. Bayern hat vier, Sachsen drei und Württemberg zwei Wahlkreise, Baden, Hessen und auch Elsaß-Lothringen, welches vorher noch zu Deutschland gehörig betrachtet wird, bilden je einen Wahlkreis; die kleineren Bundesstaaten sind zu Wahlkreisen vereinigt worden. Insgesamt sollen 38 Wahlkreise gebildet werden. Durch diese Wahlkreiseinteilung sowie durch das Verhältniswahlsystem werden die Ausschüsse für die Arbeiterklasse auf einen vollen Wahlsieg wesentlich gehoben, der Einfluß der rechtsstehenden Parteien dagegen wird ganz beträchtlich geschwächt werden. Zu wählen sind insgesamt 433 Abgeordnete. Wählbar sind alle Wahlberechtigten, welche am Wahltag seit mindestens einem Jahre Deutsche sind. Soweit sich die Umgruppierung der Parteien übersehen läßt, kommen folgende Parteien in Betracht: Sozialdemokratische Partei, Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Spartakusbund, Deutsche demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Christliche demokratische Partei (das frühere Zentrum) und Deutsch-nationale Partei.

Sinken der Verkaufspreise. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Dresden rät den minderbemittelten Bevölkerungsschichten, von der Neuananschaffung von Möbeln, Schuwaren, Bekleidungsstücken usw. in der nächsten Abhand zu nehmen; es könne bestimmt mit einem starken Rückgang der gegenwärtigen hohen Preise gerechnet werden. Das wäre sehr erfreulich, aber: Die Worte hören wohl, jedoch mir fehlt der Glaube.

Von der Grippeepidemie in Berlin. Die Zahl der Opfer der Grippe in Berlin übersteigt alles bisher Dagewesene. Wenn auch bezüglich der Grippe selbst nur mehrere Hundert Todesfälle zu verzeichnen waren, so wur-

den aber durch die Lungenentzündung, welche sehr häufig im Zusammenhang mit der Grippe auftritt, einige Tausend Sterbefälle verursacht. In den sechs Wochen vom 29. September bis 9. November 1918 starben an Lungenentzündung in Berlin 2690 Personen, fast so viel wie im ganzen Jahre 1917, in welchem 2699 Personen dieser heimtückischen Krankheit erlagen und das schon eine außergewöhnlich hohe Sterblichkeit zu verzeichnen hatte. In den drei verhängnisvollen Wochen, vom 13. Oktober bis 2. November 1918, starben an Lungenentzündung 1932 Personen; mehr als im ganzen Jahre 1913. Von diesen erschreckenden Ziffern lassen sich leicht Schlüsse ziehen auf das ganze Reich. Der Grund dieser hohen Sterblichkeit liegt einzig und allein in der ungenügenden Ernährung, weil der Körper geschwächt, entkräftet und nicht widerstandsfähig ist.

Verschiedene Eingänge.

„**Typographische Jahrbücher.**“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdruckerei in Leipzig, Heft 10, 39. Jahrgang, 1918. Preis pro Jahrgang (12 Hefen) 7,20 Mk.
 „**Siez Geniar — wer dort?**“ Antworten von gernem auf Fragen von heute. Von S. S. Houben, 208 S., 80. Preis 3,60 Mk., geb. 5 Mk. Verlag von F. M. Brockhaus, Leipzig.
 „**Die Neue Zeit.**“ Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 5-8, 37. Jahrgang. 1. Band. Verlag von J. S. W. Dietz Nachf. in Stuttgart.
 „**Sozialistische Monatshefte.**“ Herausgeber Dr. J. Bloch. Die 14. Lage ein Heft. Heft 26/27. Jahrgang, 51. Bd. 1918. Preis 1,20 Mk. Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“. C. m. b. S., Berlin W 35.
 „**Der Sieg des Volkes.**“ 16 Originalaufnahmen aus den Revolutionstagen, höchstinteressant in Kupferdruck. Preis pro Karte 15 Pf., Serien zu 16 Stück 2 Mk. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstraße 114.

Gestorben.

In Elbing der Buchdruckereibesitzer Albert Groh, 51 Jahre alt.
 In Frankfurt a. M. am 12. November der Drucker Peter D. Hof von dort, 34 Jahre alt — Lungenentzündung.
 In Götting der frühere Buchdruckereibesitzer Paul Rauter.
 In Hamburg am 10. November der Seherinvalide S. G. Haase von dort, 62 Jahre alt.
 In Heide i. Holst. der Drucker Heinrich Volk aus Köln, 22 Jahre alt.
 In Leipzig am 13. November der Drucker Hermann Hillner aus Altmaunndorf, einer der 50jährigen Verbandsjubilare vom 20. Mai 1916, 74 Jahre alt — Altersschwäche.
 In Magdeburg der Seher Martin Haffel von dort, 52 Jahre alt.
 In M. Glabach am 7. November der Faktor Heinrich Schröder sen. von dort, 56 Jahre alt.
 In Münster i. W. der Buchdruckereibesitzer Franz Borgmeyer, 65 Jahre alt.
 In Oldenburg der Seher Emil Renk aus Schwed a. d. D., 41 Jahre alt — Grippe.
 In Simmern am 25. Oktober der Seher Wilhelm Tofk aus Argenthal, 28 Jahre alt — Lungenentzündung.
 In Stuttgart am 6. November der Seher Abraham Bonz aus Langenau, 58 Jahre alt; der Schweizerzergen Robert Wormser aus Böblingen, 52 Jahre alt — Grippe.
 In Wehlheim am 11. November der Seher Hermann Rappkowski aus Zugdam, 70 1/2 Jahre alt — Gallenstein.
 In Werne der Buchdruckereibesitzer Louis Menné, 48 Jahre alt.
 In Wismar am 11. November der Seher Johannes Janßen, 60 Jahre alt.

Briefkasten.

Mb. in B.: 1. Den zweiten gleich genommen, aber durch weiteres Material ergänzt. 2. Am Donnerstag wäre passender, da bis dann sicherer nachgekommen. — P. G. in B.: Ende dieser Woche werden wir dazu gelangen. — S. G. in Wegegach: 3,65 Mk. — S. B. in A.: Sie befinden sich im Irrtum an dem letzten Abend; die Leipziger einschneidende Gasperre besteht unverändert fort.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
 Fernsprecher: Almt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen.

Bernburg. Vorsitzender: A. Köhl, Schützenplatz 5.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwunder innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):
 Im Gau Hannover der Seher Franz Hebelrich, geb. in Weiderrode a. S. 1876, ausgl. dal, 1894; war schon Mitglied. — Emil Grifische in Laagen-Hannover, Silbesheimer Straße 7.

Im Gau Ober 1. der Seher Gustav Baifels, geb. in Hamburg 1891, ausgl. in Büchrow (Hannover) 1910; war noch nicht Mitglied. — 2. der Drucker Walter Glarbin, geb. in Groß i. d. E. 1894, ausgl. dal, 1913; 8. der Seher Karl Ziefe, geb. in Solnow (Pomm.) 1884, ausgl. dal, 1904; waren schon Mitglieder. — Gustav Reinke in Steffen, Turnerstraße 10.
 Im Gau Osterrand-Thüringen die Seher 1. Ernst Kühn, geb. in Arnstadt 1889, ausgl. dal, 1908; 2. Ferdinand Richter, geb. in Halle 1893, ausgl. dal, 1911; waren noch nicht Mitglieder; 3. Edwin Orloff, geb. in Arnstadt 1892, ausgl. dal, 1910; 4. der Drucker Edgar Schjaffr, geb. in Plante i. L. 1894, ausgl. in Arnstadt 1918; waren schon Mitglieder. — Emil Prog in Weimar, Rosenstraße 44.
 Im Gau Schleswig-Holstein 1. der Schweizerzergen Albert Schinmeier, geb. in Culin 1875, ausgl. dal, 1894; war schon Mitglied; 2. der Drucker August Voigt, geb. in Erfurt 1873, ausgl. dal, 1892; war noch nicht Mitglied. — Martin Brüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.
 Im Gau Schlesien der Schweizerzergen Richard Richter, geb. in Warmbrunn 1896, ausgl. in Friedberg (Neumark) 1915; war noch nicht Mitglied. — Karl Giedler in Breslau, Kupferstraße 7 II.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat Oktober 1918.
Auf der Reise: kein unterstützungsberechtigtes Mitglied.

Am Orte: 61 Mitglieder.
An Arbeitslosentagen, für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezahlt worden:

Beschäftigungsart	Auf der Reise		Am Orte		Unterstützungstage insges.
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Seher	—	—	36	317	317
Drucker	—	—	16	92	92
Stereotypsetzer	—	—	1	4	4
Kalenderplafkier	—	—	—	—	—
Korrektoren	—	—	3	27	27
Schriftsetzer	—	—	5	78	78
Faktoren	—	—	—	—	—
zusammen	—	—	61	518	518
im Oktober 1917	—	—	76	601	601
weniger 1918.	—	—	15	83	83

An Unterstützungen wurden gewährt:

Reiseunterstützung: keine.

Ortsunterstützung:

an 6 Mitgl. für 36 Tage a 1,25 Mk.	—	45,—	Mk.
" 40 " " 331 " a 1,75 "	—	579,25	"
" 15 " " 151 " a 2,— "	—	302,—	"
zusammen		926,75	Mk.

Insgesamt wurden im Monat Oktober gezahlt:
 1918: 926,25 Mk. für 518 Tage
 1917: 1071,28 " " 601 "
 weniger 1918: 145,03 Mk. für 83 Tage.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Die Verhandlungen der Leipziger Gewerkschaftskonferenz. **Papiernot und Papierverknappung:** XLVI. Veränderte Umfangs-einschränkung der Zeitungen. — XLVII. Beibehaltung der Papierbewirtschaftung. **Zur Kohlenversorgung:** Die Steigerung der Kohlennot. — Kohlenförderung. — Drohender Ruin. **Ernährungswirtschaft:** Trollose Erfindungen. **Korrespondenzen:** Quer. — Seidberg. — Hof. — Koffbus. — Leipzig (A.). — Steffin. — Alim-Neulim. — Wilsberg. **Anders:** Fragebogen des Parlaments ausfüllen! — Nachahmendes Beispiel. — Zum früheren Arbeitslohn an Sonntagen. Ausstellung von Bildern und künstlicher Wandschmuck. — Frachtausfuhr für das Papierfach. — Neuregelung der Arbeitsbedingungen im Buchbindergewerbe und Galleierkonferenz. — Arbeitslosigkeit in Berlin. — Freiheit — nicht Terrorismus! — Die Wahlen zur Nationalversammlung. — Sinken der Verkaufspreise. **Von der Grippeepidemie in Berlin.** **Bericht der Hauptverwaltung vom Monat Oktober 1918.**

Typographischer (B)
 zum sofortigen Eintritt in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Wohnansprüchen an
 C. Wille, Küstrin-Str. 1844

Fächlicher Maschinenmeister
 für Stellung und Abkündn., möglichst mit Könnis Sogenannter vertraut, in dauernde Stellung gesucht. Offerten mit Ansprüchen an
 Peter Bonus, „Volkszeitung“, Dyladen.

Schrieffeher
 im Abkündn., Interakt. und Werkst. erfahren, aus dem Arzte heimkehrend, sucht sofort Stellung, am liebsten in Berlin. Gest. Offerten an
 Wilm Sans, Berlin, Eberfelder Straße 14.

Junger Schrieffeher
 militärfrei, 26 Jahre alt, sucht dauernde Stellung.
 Hermann Schmidt, Etzleben, Borgasse 28.

Strebsamer Schrieffeher
 25 Jahre, militärfrei, sucht Stellung in der Buchdruckerei. Auch in Schrieffeher- und in Buchdruckerei. 1855 P. Lorenz, Goltze, Bismarckstraße 33.

Obermaschinenmeister
 aus dem Felde zurück, flüchtiger Disponent, in allen Größen des modernen Druckwesens erfahren (auch Rollen- und Stereotypie), längere Jahre großen Betrieben vorgefunden, sucht Position. Berlin bevorzugt.
 Ernst Spalte, Berlin-Charlottenburg, Fasanenstr. 71.

Galvanoplastiker
 sucht Stelle als Abdecker und Fertigmacher in Berlin, Hamburg oder Leipzig. Offerten erbl. an
 A. Füllgel, Berlin SV 29, Willibald-Allee-Str. 26, Hof III.

Einmalige Anzeige von Westfalen. Nur kleine monatl. Abzahlungen. Wir liefern sämtliche Werke von
 Marzitt, 10 Bde. geb. für 30 Mk. (Abzahl. 3 Mk. monatl.); Storm, 3 Bde., geb. 20 Mk. (3 Mk.); Klaus Groß, 2 Bde., geb. 16 Mk. (3 Mk.); Angenbrüber, 3 Bde., geb. 40 Mk. (4 Mk.); Timm-Sieger, 6 Bde., geb. 40 Mk. (4 Mk.); Wenzel, 6 Bde., geb. 47 Mk. (4 Mk.); Mühlhausen, 10 Bde., geb. 612 Mk. (52 Mk.); Jul. Wolfelt, 16 Bde., geb. 110 Mk. (7 Mk.); Gull. Freytag, 16 Bde., geb. 124 Mk. (7 Mk.); Neues Wtlh.-Buch-Album, 37,50 Bde., (4 Mk.); Christl.-Romane, 20 Bde., 163 Mk. (Abzahl. 9 Mk. monatl.). Karl Hermann Villo & Co., Berlin-Charlottenburg, Hindenburgstr. 4. (Postfachkonto Berlin 47344.) Bestellungen zeitig erbeten.

Graphische Werkzeuge sowie sämtliche Spezialwerkzeuge für Maschinenmeister empfangt in bester Qualität, zu billigen Preisen, Leipzig-Gitterstr. 5 I. I. Preisliste gratis und franko. 1847

Nach langer, schwerer Krankheit, die er sich im Felde zugezogen hatte, starb am 2. Dezember unser lieber Kollege
Fritz Klipping
 Ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kollegen der Norddeutschen Buchdruckerei, Berlin.

Nach langer, schwerer Krankheit, die er sich im Felde zugezogen hatte, starb am 2. Dezember unser lieber Kollege
Fritz Klipping
 Ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kollegen der Norddeutschen Buchdruckerei, Berlin.

Am 24. November verstarb an den Folgen einer Verwundung, die er sich nach dreieinhalbjährigen Kämpfen im Felde zugezogen hatte, im Lazarett zu Bremen unser lieber Kollege, der Schweizerzergen
Ernst Ölling
 aus Schönebeck.
 Ein ehrendes Andenken wird ihm allzeit bewahren
 Der Ortsverein Wegegach.

Am 2. Dezember verschied nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Maschinenseher
Felix Lupke
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kollegen der Firma W. & S. Döwental, Berlin.

Am 2. Dezember verschied nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Maschinenseher
Felix Lupke
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kollegen der Firma W. & S. Döwental, Berlin.

Beider haben wir noch den Verlust der zwei weiteren Mitglieder zu beklagen. Am 27. September starb der Druckerkollege
Reinhold Herzog
 und am 11. Oktober der Druckerkollege
August Günther
 Ferner verstarb an Lungenentzündung am 1. Dezember unser lieber Kollege, der Seher
Franz Klaus
 im Alter von 24 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird diesen Kollegen bewahren
 Ortsverein Halle a. d. E.

Am Ende dieses schrecklichen Wiltteringses fiel noch unser lieber Kollege
Oskar Strauß
 Sein aufrichtiges, stets zuvorkommendes Wesen und sein offener, gerader Charakter haben ihm allzeit ein ehrendes Gedächtnis.
 Die Einspizeseher der Firma S. & Hermann, Berlin.

Bei den Rückzugskämpfen im Westen fand den Heldentod am 29. Oktober unser wertiges Mitglied, der Seher
Hermann Kügler
 Erst kurze Zeit Gehilfe, mußte er im Mai 1917 dem Ruf zur Fahne folgen und hat nach anderthalbjähriger Pflichterfüllung seine Treue mit dem Tode bezeugt. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Der Ortsverein Saynau.

Bei den Rückzugskämpfen im Westen fand den Heldentod am 29. Oktober unser wertiges Mitglied, der Seher
Hermann Kügler
 Erst kurze Zeit Gehilfe, mußte er im Mai 1917 dem Ruf zur Fahne folgen und hat nach anderthalbjähriger Pflichterfüllung seine Treue mit dem Tode bezeugt. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Der Ortsverein Saynau.